GSP.L-01-028

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Andreas Herzog (Hannover RV)

Änderungsantrag zu GSP.L-01

Von Zeile 27 bis 28 einfügen:
„Morgen ist auch noch ein Tag“ gilt beim Klimaschutz nicht. Nur wenn substanzielle Einsparungen schnell erzielt werden, gibt es später noch ausreichend Handlungsspielraum. Wir erheben steigende Abgaben auf CO2, um Anreize zum CO2-Sparen zu setzen. Diese Einnahmen werden wir ohne Anrechnung auf Sozialleistungen vollständig wieder an die Bürger*innen ausschütten, um die Akzeptanz zu erhöhen und die Sozialverträglichkeit sicherzustellen.

Begründung

Eine nicht aufkommensneutrale CO2-Steuer wird vom Wähler nicht akzeptiert (nur 35 % Zustimmung vor ca. 1 Jahr).

weitere Antragsteller*innen

Erich Minderlein (KV Ortenau); Karl Hertkorn (KV Sigmaringen); Birgitta Tremel (Hannover RV); Herbert Lange (KV Landshut-Land); Joachim Steinmetz (Hannover RV); Jessica Stenders (KV Düren); Kolja Marks (KV Stormarn); Martin Winkler (KV Düren); Bernd Rohde (KV Stormarn); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Dieter Heinrich (KV Wesel); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Harald Rech (KV Saarbrücken); Ilja Lutz (KV Dresden); Stefan Schubert (KV Solingen); Lars Krüger (KV Herford); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Lars Heidemann (Hannover RV); Dagmar Petermann (KV Konstanz); sowie 3 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.